NACHRICHTEN AG

12. April 2025

Supreme Court fordert Trump-Regierung: Abgeschobenen zurückholen!

Der US-Supreme-Court fordert die Rückholung eines versehentlich abgeschobenen Mannes aus El Salvador; richterliche Kritik an der Trump-Regierung.

Baltimore, USA - Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die Trump-Regierung aufgefordert, einen Mann, der versehentlich nach El Salvador abgeschoben wurde, zurückzuholen. Der Fall betrifft Kilmar A.G., der am 12. März auf einem Ikea-Parkplatz in Baltimore festgenommen und ins Terrorism Confinement Center (CECOT) gebracht wurde. A.G. war 2011 illegal aus El Salvador in die USA eingereist, um vor der eskalierenden Bandengewalt zu fliehen. Ein Einwanderungsrichter hatte ihm bereits im Jahr 2019 Schutz vor Abschiebung gewährt, doch die Regierung erkannte die darauffolgende Abschiebung als Verwaltungsfehler an.

Die Richterin Sonia Sotomayor kritisierte die Entscheidung der

Regierung, dass A.G. nicht zurückgebracht werden könne. Vertreter des Weißen Hauses argumentierten, dass der Mann Verbindungen zur Straßengang MS-13 hätte, was von seinen Anwälten jedoch energisch zurückgewiesen wurde. Zudem bezeichnete die Bundesrichterin Paula Xinis die Abschiebung als „völlig gesetzlos“ und forderte die Rückführung von A.G.

Rechtliche Auseinandersetzungen und staatliche Befugnisse

In einer weiteren gerichtlichen Auseinandersetzung hat der Supreme Court eine Klage gegen die Abschiebungen mutmaßlicher Bandenmitglieder nach El Salvador abgewiesen. Die US-Regierung hat die Autorität, Abschiebungen auf Grundlage des „Alien Enemies Act“ von 1798 durchzuführen. In diesem Kontext wurden im März 250 Männer nach El Salvador abgeschoben. Diese Abschiebungen wurden als Teil einer umfassenden Strategie der Trump-Regierung wahrgenommen, die auch eine Verschiebung der politischen Ausrichtung im Supreme Court zur Folge hatte.

Das Urteil über die Klage wurde mit einer knappen Mehrheit von 5 zu 4 Stimmen gefällt. Die Kläger, die in Texas inhaftiert waren, wurden darauf hingewiesen, dass sie ihre Klage nicht in Washington D.C., sondern in Texas einreichen sollten. Richter Brett Kavanaugh unterstrich die Notwendigkeit einer gerichtlichen Überprüfung für die Migranten, weshalb der Fall für zukünftige rechtliche Schritte offen bleibt.

Politische Reaktionen und Auswirkungen

Die Trump-Regierung hatte bereits zuvor Richter James E. Boasberg kritisiert, der ein Stopp der Abschiebungen angeordnet hatte. Heimatschutzministerin Kristi Noem bezeichnete Boasberg als „aktivistischen Richter“. Vizepräsident JD Vance bezeichnete das Urteil über die Klage als „Sieg für das amerikanische Volk“, während Trump auf seiner Plattform Truth

Social positive Äußerungen über das Urteil machte.

Die Rückholung von Kilmar A.G. wird von der Regierung als rechtlich notwendig betrachtet, jedoch gibt es Unklarheiten, da ein Eilantrag der Regierung gegen die Rückführung genehmigt wurde, um mehr Zeit für Argumentationen zu gewinnen. A.G. befindet sich somit nicht mehr in US-Gewahrsam, was die praktische Rückholung erschwert. Der Supreme Court hat in der Vergangenheit oft zu Trumps Politik Stellung genommen, überwiegend zu technischen Fragen, was den rechtlichen Rahmen um die laufenden Migrationsverfahren weiter kompliziert.

Zusammenfassend ergeben sich aus diesen Entwicklungen sowohl rechtliche als auch politische Herausforderungen, die die US-Einwanderungspolitik stark beeinflussen. Die Diskussionen um Abschiebungen, insbesondere im Kontext von Bandenkriminalität, bleiben ein zentrales Thema in der amerikanischen Politik.

Remszeitung berichtet, dass die Aufforderung des Supreme Courts weitreichende Konsequenzen haben könnte, während **Tagesschau die Auswirkungen einer weiteren gerichtlichen Auseinandersetzung analysiert**.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ursache	Verwaltungsfehler
Ort	Baltimore, USA
Festnahmen	1
Quellen	• **www.remszeitung.de** • **www.tagesschau.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de